

Wien, 25. März 2022

Sperrfrist: 25. März 2022, 10:30 Uhr

Frühlings-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2022–2023

Krieg in der Ukraine überschattet Aufschwung

Der Krieg in der Ukraine und die gegen Russland verhängten Sanktionen belasten die Weltwirtschaft. Die Unsicherheit über die weitere Entwicklung hat die bereits hohen Rohstoff- und Energiepreise weiter angetrieben. Die Sanktionen der westlichen Staatengemeinschaft führen zu Exportausfällen. Zumindest kurzfristig dürfte sich auch die Lieferkettenproblematik verschärfen. Folglich verlangsamt sich der durch den Wegfall der pandemiebedingten Hemmnisse getragene Wirtschaftsaufschwung. Das Institut senkt seine Prognose für das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts auf 3,6 % in diesem bzw. 2,3 % im kommenden Jahr. Getrieben vom Energiepreisschock sollten die Verbraucherpreise mit 5,5 % bzw. 2,3 % deutlich stärker zulegen als noch im Dezember erwartet. Bei dieser Prognose bestehen äußerst große Unsicherheiten und beträchtliche Abwärtsrisiken. Allfällige wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Dämpfung der Folgen der hohen Inflation sollten treffsicher erfolgen und keinesfalls die Lenkungseffekte des Preisanstiegs der fossilen Energieträger konterkarieren.

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und seine wirtschaftlichen Folgen bremsen den Aufschwung der österreichischen Volkswirtschaft. Zu Jahresbeginn hat sich der kräftige Aufholprozess, nach einer kurzen Dämpfung durch den Lockdown im vierten Quartal 2021, fortgesetzt. In den ersten beiden Monaten des heurigen Jahres lag die heimische Wirtschaftsleistung wieder über dem Vorkrisenniveau. Die Frühindikatoren deuteten auf eine Fortsetzung der kräftigen Wirtschaftserholung. Allerdings erhöhte sich die Inflation, getrieben primär von den steigenden Rohstoff- und Energiepreisen. Am 24. Februar griff Russland die Ukraine an. Aufgrund der Unsicherheit kam es zu drastischen Anstiegen der Rohstoffpreise, und die wirtschaftliche Stimmung verschlechterte sich. Die gegen Russland verhängten Sanktionen belasten die Exportwirtschaft. Weiters verschärfte sich die Lieferkettenproblematik durch fehlende Vorleistungen, etwa aus der Ukraine.

Die Dauer der militärischen Auseinandersetzung ist gegenwärtig kaum abschätzbar. Für die Prognose wird unterstellt, dass die Sanktionen vorerst bestehen bleiben, aber nicht auf den Rohstoffhandel ausgeweitet werden. Die weitere Entwicklung der Rohstoffpreise wird anhand der Notierungen an den Terminbörsen abgeschätzt.

Schätzungen des Instituts zeigen, dass ein vollständiger Ausfall der Exportmärkte Russland, Ukraine und Belarus die heimische Wertschöpfung um rund 1 % dämpfen würde. In der Winter-Prognose war das Institut noch davon ausgegangen, dass die heimische Wirtschaft im zweiten und dritten Quartal kräftig zulegen würde. Nunmehr erwartet das Institut für diesen Zeitraum nur noch eine Zunahme der Wirtschaftsleistung um 0,1 % bzw. 0,2 % gegenüber dem jeweiligen Vorquartal. Treiber des Wachstums bleibt der private Konsum. Der robuste Arbeitsmarkt und die Rücknahme der Sparquote erlauben eine Konsumausweitung trotz höherer Inflation. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte die konjunkturelle Dynamik wieder zulegen, wozu ein Nachlassen des Preisdrucks und der Lieferkettenprobleme beitragen sollten. Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts von 3,6 % bzw. 2,3 %.

Die Weltwirtschaft hat im Schlussquartal 2021 kräftig expandiert, allerdings mit regionalen Unterschieden. So beschleunigte sich das Wachstum in den USA auf 1,7 % gegenüber dem Vorquartal, während es sich im Euroraum, insbesondere aufgrund einer neuerlichen Corona-Welle, von 2,3 % auf 0,3 % abschwächte. Im laufenden Jahr belastet der Krieg in der Ukraine die Weltwirtschaft in vielerlei Hinsicht. Die drastischen Erhöhungen der Rohstoffpreise treiben die bereits vorher merklich angezogene Inflation weiter an. Die Sanktionen reduzieren die Exporte der westlichen Staaten nach Russland beträchtlich. Die Stimmungsindikatoren haben sich verschlechtert, was wohl auch die stark erhöhte Unsicherheit reflektiert. Die Aussichten für die internationale Konjunktur haben sich im Vergleich zur Winter-Prognose eingetrübt. Bei der Interpretation der Wachstumsraten ist der zunehmende Wegfall der pandemiebedingten Einschränkungen zu berücksichtigen. Mit 5,3 % bzw. 5,0 % wird das Wachstum in China unverändert eingeschätzt. Für die USA werden nunmehr Wachstumsraten von 3,4 % bzw. 2,0 % erwartet. Aufgrund der stärkeren Verflechtungen mit Russland und der Ukraine sowie der aktuellen Schwäche der deutschen Wirtschaft wird die Wachstumsprognose für den Euroraum um einen Prozentpunkt auf 3,3 % für dieses Jahr zurückgenommen, für 2023 wird ein Wert von 2,7 % erwartet. Ausgehend von 5,6 % im Vorjahr wird sich das Wachstumstempo der Weltwirtschaft voraussichtlich auf 3,7 % bzw. 3,2 % verlangsamen.

Die hohe Inflation verringert die Realeinkommen und dämpft den privaten Konsum in Österreich. Das Institut geht aber davon aus, dass die privaten Haushalte ihre Realeinkommensverluste durch eine Rücknahme der Sparquote kompensieren. Mit einem Wachstum von 4,8 % bleibt der private Konsum ein Wachstumstreiber, allerdings ausgehend von einem durch die pandemiebedingten Eindämmungsmaßnahmen des Vorjahres verursachten niedrigen Niveau. Für das kommende Jahr wird ein Konsumwachstum von 2,8 % erwartet. Mit 7,4 % geht die Sparquote damit wieder auf das Vorkrisenniveau zurück.

Die Anlageinvestitionen haben sich im Vorjahr von ihrem pandemiebedingten Einbruch erholt, allerdings hat die Dynamik im Jahresverlauf nachgelassen. Im Prognosezeitraum dürfte die Investitionstätigkeit von der hohen Unsicherheit im Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung des Kriegs in der Ukraine, der Belastung der Exporte im Gefolge der Sanktionen sowie der kräftigen Steigerung der Preise für Energie und Industrierohstoffe gebremst werden. Stützend wirkt hingegen, dass abseits der Kriegsfolgen der Konjunkturaufschwung im In- und Ausland intakt ist und die Zinsen nur sehr langsam steigen dürften. Somit sollten die Anlageinvestitionen im laufenden Jahr um 3,1 % und im kommenden Jahr um 2,3 % ausgeweitet werden. Dabei dürften die Ausrüstungsinvestitionen mit 3,6 % bzw. 2,5 % etwas kräftiger zulegen als die Bauinvestitionen (2,5 % bzw. 2,0 %).

Im Vorjahr profitierte die österreichische Exportwirtschaft von der kräftigen Erholung der Weltwirtschaft und des Welthandels. Im laufenden Jahr belasten hingegen die hohe Unsicherheit und die Sanktionen die Exporttätigkeit. Nach einem Wachstum um 17,6 % im Vorjahr könnten die Warenexporte im Prognosezeitraum um 2,0 % bzw. 4,0 % zulegen. Die Reiseverkehrsexporte litten besonders stark unter der Corona-Pandemie. In den beiden Prognosejahren dürften sie sich langsam wieder dem Vorkrisenniveau annähern. Die Gesamtexporte laut VGR sollten somit um 5,5 % bzw. 4,4 % ansteigen. Für die Gesamtimporte werden Zuwächse um 3,9 % bzw. 4,1 % erwartet. Die Außenwirtschaft liefert somit insbesondere im laufenden Jahr einen positiven Wachstumsbeitrag, der primär auf die Erholung des heimischen Tourismus zurückgeht.

Die Verbraucherpreise ziehen seit Jahresbeginn 2021 kontinuierlich an. Getrieben vom Energiepreisanstieg betrug die Inflationsrate im Februar 2022 5,9 %. Mit dem Krieg in der Ukraine sind die Energiepreise neuerlich gestiegen. Da die Effekte der höheren Energie- und Erzeugerpreise noch nicht vollkommen auf der Verbraucherstufe angekommen sind, ist auch in den kommenden Monaten mit hohen Teuerungsraten zu rechnen. Das Institut hebt daher seine Inflationsprognose für 2022 auf 5,5 % an. Mit dem Wegfall des Basiseffekts bei den Energiepreisen und der Entspannung der globalen Lieferkettenproblematik dürfte die Inflationsrate im Jahr 2023 auf 2,3 % zurückgehen. Das Institut unterstellt dabei, dass die Lohnstückkosten nur äußerst moderat zunehmen.

Die positive Tendenz am Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Monaten fortgesetzt. Die Beschäftigung wächst kräftig und die Arbeitslosigkeit liegt merklich unter dem Vorkrisenniveau. Mit dem Krieg in der Ukraine ist die Unsicherheit über die weitere Arbeitsmarktentwicklung aber deutlich angestiegen. Das Institut unterstellt, dass sich der Arbeitsmarkt als robust erweist, und erwartet eine Arbeitslosenquote von 6,5 % bzw. 6,3 %. Die kräftige Beschäftigungsnachfrage und das demografisch bedingt langsamer wachsende Arbeitskräfteangebot stützen diese Entwicklung. Weiterhin wird davon ausgegangen, dass der Bekämpfung des qualifikatorischen und regionalen Mis-Matches

am Arbeitsmarkt sowie der Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit hohe arbeitsmarktpolitische Priorität zukommt. Notwendig ist wohl auch der weitere Einsatz von Kurzarbeitsmodellen für Unternehmen, die temporär unter den globalen Lieferkettenproblemen sowie den Sanktionen leiden.

Durch die Konjunkturerholung und den allmählichen Wegfall der staatlichen Corona-Hilfsmaßnahmen wird sich die Lage der öffentlichen Haushalte entspannen. Der verlangsamte Aufschwung sowie Mehrausgaben aufgrund des Kriegs in der Ukraine führen dazu, dass der Rückgang des Defizits etwas geringer ausfallen dürfte als noch in der Winter-Prognose erwartet. Nunmehr wird von einem Defizit von 2,3 % bzw. 1,7 % des BIP ausgegangen. Höhere Energiepreise sind in Hinblick auf die Erreichung der Klimaziele positiv zu sehen, der starke Anstieg belastet aber ärmere Haushalte spürbar. Für diese sind treffsichere Transferzahlungen angebracht, Unterstützungen für energieintensive Unternehmen könnten angedacht werden. Eine Verschiebung der CO₂-Bepreisung wird vom Institut jedenfalls abgelehnt. Weiterhin erachtet das Institut eine Reform hinsichtlich der Struktur der Einnahmen und Ausgaben des Staates für notwendig. Zukunftsorientierten, produktivitätserhöhenden Bereichen wie Bildung, Digitalisierung und Forschung sollte höhere Priorität zukommen. Die erhöhten Ausgaben könnten durch wiederholt angemahnte Strukturreformen finanziert werden.

Die vorliegende Prognose ist mit beträchtlichen Abwärtsrisiken behaftet. Die Abschätzung des Ausmaßes und der Dauer der Belastung der Weltwirtschaft durch den Krieg in der Ukraine ist mit äußerst hoher Unsicherheit verbunden. Sollte der Krieg weiter eskalieren und die NATO direkt involviert werden, wären die Folgen unabsehbar. Ein Wegfall der russischen Rohstoffexporte würde zu einem weiteren Anstieg der Rohstoffpreise führen und könnte eine Rezession auslösen. Eine noch höhere Inflation als hier unterstellt würde die Kaufkraft der privaten Haushalte weiter schmälern und den Druck auf die Zentralbanken erhöhen, die Geldpolitik schneller und stärker zu straffen. Der Krieg könnte auch dazu führen, dass die globalen Lieferketten noch stärker in Mitleidenschaft gezogen werden, als es ohnehin zu erwarten ist. Auch die Corona-Pandemie ist bei Weitem nicht überwunden. In China scheint die Omikron-Welle später als anderenorts anzukommen. Damit steigt das Risiko erneuter Schließungen von Produktionsstätten und Häfen, was ebenfalls die Normalisierung der globalen Lieferketten weiter verzögern würde. Eine neue Corona-Variante, die ebenso infektiös ist wie die Omikron-Variante und zudem den Impfschutz umgeht und schwere Krankheitsverläufe verursacht, würde im kommenden Herbst und Winter erneute Infektionsschutzmaßnahmen erfordern. Aufwärtspotenzial für die Weltwirtschaft ergibt sich, wenn es zu einem schnellen Ende des Krieges in der Ukraine kommt und eine Lösung gefunden wird, die eine Lockerung der Sanktionen ermöglicht.

Auch für die heimische Wirtschaft bestehen Abwärtsrisiken. Der Prognose liegt die Erwartung zugrunde, dass die privaten Haushalte auf die Verringerung der Realeinkommen mit einer Senkung der Sparquote reagieren. Die hohe politische und wirtschaftliche Unsicherheit könnte aber die Stimmung verschlechtern und somit die Konsum- und Investitionsneigung verringern. Ein kompletter Wegfall der russischen Gaslieferungen würde mit hoher Wahrscheinlichkeit die heimische Industrieproduktion stark beeinträchtigen. Ein Aufflammen der Pandemie könnte im Herbst neuerliche Eindämmungsmaßnahmen erforderlich machen. Für die Inflation besteht ein beträchtliches Aufwärtsrisiko, insbesondere für das kommende Jahr. So würde eine stärkere als die unterstellte Abgeltung des Verbraucherpreisanstiegs in der kommenden Lohnrunde zu höheren Lohnstückkosten führen und damit den Preisdruck erhöhen.

Tabelle 1: Wichtige Prognoseergebnisse
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

| | 2021 | 2022 | 2023 |
|--|-------|-------|------|
| Bruttoinlandsprodukt, real | 4,5 | 3,6 | 2,3 |
| Privater Konsum, real | 3,3 | 4,7 | 2,7 |
| Bruttoinvestitionen, real | 6,0 | 2,5 | 2,2 |
| Bruttoanlageinvestitionen, real | 4,0 | 3,1 | 2,3 |
| Ausrüstungsinvestitionen, real | 4,8 | 3,6 | 2,5 |
| Bauinvestitionen, real | 3,1 | 2,5 | 2,0 |
| Inlandsnachfrage, real | 5,1 | 2,6 | 2,1 |
| Exporte i. w. S., real | 12,7 | 5,5 | 4,4 |
| Waren, real (laut VGR) | 17,6 | 2,0 | 4,0 |
| Reiseverkehr, real (laut VGR) | -29,8 | 105,0 | 14,0 |
| Importe i. w. S., real | 14,5 | 3,9 | 4,1 |
| Waren, real (laut VGR) | 16,1 | 2,5 | 4,3 |
| Reiseverkehr, real (laut VGR) | 81,1 | 50,0 | 2,0 |
| Unselbständig Aktiv-Beschäftigte | 2,5 | 3,0 | 1,1 |
| Arbeitslosenquote: Nationale Definition ⁱ | 8,0 | 6,5 | 6,3 |
| Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ⁱ | 6,2 | 5,0 | 4,8 |
| Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten | 2,9 | 3,4 | 4,5 |
| Preisindex des BIP | 1,8 | 3,1 | 2,5 |
| Verbraucherpreisindex | 2,8 | 5,5 | 2,3 |
| Budgetsaldo Maastricht in % des BIP ⁱ | -5,8 | -2,3 | -1,7 |
| 3-Monats-Euribor ⁱ | -0,5 | -0,2 | 0,5 |
| 10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen ⁱ | -0,3 | 0,7 | 1,2 |

ⁱabsolute Werte

Quellen: Statistik Austria, Refinitiv Datastream, ab 2022 Prognose des IHS

Tabelle 2: Internationale Rahmenbedingungen
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

| | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|------------------------------------|------|------|------|-------|------|
| BIP, real | | | | | |
| Deutschland | 1,1 | -4,6 | 2,9 | 2,5 | 3,5 |
| Italien | 0,5 | -9,0 | 6,6 | 3,3 | 2,0 |
| Frankreich | 1,8 | -7,9 | 7,0 | 3,4 | 2,0 |
| Vereinigtes Königreich | 1,7 | -9,4 | 7,5 | 4,4 | 1,6 |
| Schweiz | 1,2 | -2,5 | 3,7 | 2,9 | 1,8 |
| USA | 2,3 | -3,4 | 5,7 | 3,4 | 2,0 |
| Japan | -0,2 | -4,5 | 1,6 | 2,5 | 1,3 |
| China | 6,0 | 2,2 | 8,1 | 5,3 | 5,0 |
| Polen | 4,7 | -2,5 | 5,7 | 4,0 | 3,8 |
| Slowakei | 2,6 | -4,4 | 3,0 | 3,0 | 4,0 |
| Tschechien | 3,0 | -5,8 | 3,3 | 3,0 | 3,5 |
| Ungarn | 4,6 | -4,7 | 7,1 | 3,5 | 4,0 |
| Slowenien | 3,3 | -4,2 | 8,1 | 3,8 | 3,5 |
| MOEL-5 ⁱ | 4,1 | -3,7 | 5,3 | 3,6 | 3,8 |
| Bulgarien | 4,0 | -4,4 | 4,2 | 3,3 | 3,5 |
| Rumänien | 4,2 | -3,7 | 5,9 | 3,8 | 4,0 |
| Kroatien | 3,5 | -8,1 | 10,4 | 3,8 | 4,0 |
| Russland | 2,0 | -3,0 | 4,7 | -10,0 | -2,0 |
| Euroraum | 1,6 | -6,4 | 5,3 | 3,3 | 2,7 |
| NMS-6 ⁱⁱ | 4,2 | -3,9 | 5,6 | 3,7 | 3,8 |
| EU-27 | 1,8 | -5,9 | 5,3 | 3,4 | 2,8 |
| OECD | 1,7 | -4,7 | 5,1 | 3,4 | 2,4 |
| Welt | 2,7 | -3,4 | 5,6 | 3,7 | 3,2 |
| Welthandel (Waren laut CPB) | -0,3 | -5,3 | 10,3 | 3,0 | 3,5 |
| Österreichische Exportmärkte | 2,3 | -8,7 | 8,9 | 3,5 | 4,2 |
| USD/EUR Wechselkurs ⁱⁱⁱ | 1,12 | 1,14 | 1,18 | 1,10 | 1,10 |
| Rohölpreis ⁱⁱⁱ | 64,3 | 42,8 | 70,7 | 104,0 | 90,0 |

ⁱMOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

ⁱⁱNMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien

ⁱⁱⁱabsolute Werte

Quellen: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, ab 2022 Prognose des IHS

Rückfragehinweise

2022 Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

www.ihs.ac.at

ZVR: 066207973

Kontakt

Michael Reiter

T +43 1 59991-154

E mreiter@ihs.ac.at

Helmut Hofer

T +43 1 59991-251

E hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

T +43 1 59991-233

E klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Paul Glück (Public Relations)

T +43 660 150 5001

E glueck@paulglueck.com